

**Auszug aus der Niederschrift
über die 13. Sitzung des Ausschusses für Bau, Umwelt und Stadtentwicklung
am 22.11.2018**

Zu TOP : 3.3

**Wasserwanderrastplatz an der Ostmole, Zustimmung zu überplanmäßigen
Auszahlungen**

Vorlage: B 0061/2018

Herr Gottschling gibt an, dass er nach § 24 KV M-V einem Mitwirkungsverbot unterliegt und somit weder beratend noch entscheidend an diesem Tagesordnungspunkt mitwirken wird.

Herr Bogusch erklärt, dass die Kosten für das Vorhaben bereits um 1,35 Mio. € gestiegen sind. Das lag vor allem an entstandenen Mehrkosten für die Schlickentsorgung. Außerdem hat sich herausgestellt, dass der Landzugang sanierungsbedürftig ist und im Zuge der Baumaßnahme mit saniert werden muss. Die tatsächlichen Kosten hierfür liegen deutlich über der Kostenschätzung. Die Munitionsbergung ist ebenfalls kompliziert, da im Rahmen der Magnetsondierung mehrere Anomalien entdeckt wurden. Insgesamt wurden 33 Anomalien entdeckt, die mit Tauchern untersucht werden mussten. Dies führte zu einer Kostensteigerung bei der Kampfmittelsondierung. Die Mehrkosten im Bereich der Kampfmitteluntersuchung belaufen sich auf 872 T €, im Bereich der Baukosten liegen die Mehrkosten bei ca. 200.000 € und für die Baunebenkosten bei ca. 28 T €. Es ergeben sich Mehrkosten in Höhe von insgesamt 1,1 Mio. €, die dem Landesförderinstitut bereits angezeigt worden sind. In der Zwischenzeit sind zusätzliche Mehrkosten von nochmal 170 T € entstanden.

Über den 1. Änderungsbeschluss der Bürgerschaft, die damaligen Mehrkosten betreffend, liegt von der zuständigen Stelle noch kein Änderungs- bzw. Zuwendungsbescheid vor. Die baufachliche Prüfung hat ergeben, dass 320 T € als nicht förderfähig anerkannt worden sind. Für die neuentstandenen Mehrkosten von 1,24 Mio. € kann gegenwärtig noch nicht eingeschätzt werden, in wie weit diese als förderfähig anerkannt werden.

Um überhaupt einen Zuwendungsbescheid erhalten zu können, muss die Verwaltung die Finanzierung des Projektes nachweisen. In der Vorlage geht die Verwaltung von einer 90%igen Förderung aus.

Das Wassersportzentrum hat sich bereit erklärt, die zusätzlichen Kosten zu dem 10%igen Eigenanteil zu tragen. Das Zentrum wird zusätzlich 8.600 € zur Verfügung stellen.

Weiter teilt Herr Bogusch mit, dass die Kampfmittelberäumung wasserseitig und die Abbrucharbeiten abgeschlossen sind. Die Baumaßnahmen haben begonnen. Ein strenger Winter würde den Verlauf der Arbeiten behindern, dennoch geht die Verwaltung momentan davon aus, dass das Projekt im April 2019 fertiggestellt werden kann.

Herr Bogusch führt weiter aus, dass die Kosten trotz der Förderung den Haushalt belasten, dass sich die Anlage aber im Bau befindet und es keine Alternative zu einer Fertigstellung gibt.

Herr Suhr fragt, wie hoch das finanzielle Risiko ist, sollten die Mehrkosten nicht mit 90% gefördert werden. Außerdem möchte Herr Suhr wissen, ob die Kampfmittelbelastung nicht frühzeitiger im Hinblick auf die Kosten hätte eingeschätzt werden können.

Herr Bogusch erklärt, dass das finanzielle Risiko für die erste Kostensteigerung bei 320 T € liegt. Hier wird aber noch verhandelt. Nach einer ersten Einschätzung geht Herr Bogusch davon aus, dass man auch für die 2. Kostensteigerung eine Förderung erhalten wird. Er kann keine verbindliche Aussage treffen, da es noch kein Feedback vom Wirtschaftsministerium gibt, die Gespräche laufen noch.

Herr Bogusch führt weiter aus, dass der Munitionsbergungsdienst im Vorfeld des Vorhabens beteiligt wurde. Die Stadt wurde daraufhin aufgefordert, sechs Monate vor Baubeginn den Beginn der Maßnahme beim Munitionsbergungsdienst anzuzeigen.

In der Regel, wird die Anzeige des Baubeginns zur Kenntnis genommen und, sollten Auffälligkeiten während der Bautätigkeiten festgestellt werden, der Munitionsbergungsdienst über diese informiert.

In der Vergangenheit hat es Unfälle mit Kampfmitteln bei Tiefbauarbeiten gegeben, was zu einer anderen Einschätzung der zuständigen Stelle geführt hat.

Durch den Munitionsbergungsdienst wurde empfohlen, ein entsprechendes Munitionssondierungskonzept zu erarbeiten. Die Verwaltung folgte dieser Empfehlung. Für die Erarbeitung des Konzeptes wurde ein externer Experte beauftragt, da der Munitionsbergungsdienst nicht über die notwendigen Kapazitäten verfügte. Gespräche mit dem Wirtschaftsministerium haben ergeben, dass die Stadt die Erstellung des Konzeptes gefördert bekommt.

Der Experte hat eine Kostenschätzung eingereicht, die bei den vorgefundenen, tatsächlichen Gegebenheiten nicht eingehalten werden konnte.

Die Ausschussmitglieder haben keine weiteren Fragen zur Vorlage.

Herr Lastovka stellt die Vorlage zur Abstimmung.

Der Ausschuss empfiehlt der Bürgerschaft, die Vorlage B 0061/2018 gemäß Beschlussempfehlung zu beschließen.

Abstimmung: 7 Zustimmungen 0 Gegenstimmen 0 Stimmenthaltungen

für die Richtigkeit der Angaben: gez. i. A. Gaby Ely

Stralsund, 28.11.2018